



ایران رپورت

Iran-Report

10/20

Oktober 2020 – erscheint monatlich, elektronisches Abo! V.i.s.d.P. Annette Maennel

Innenpolitik	2
Kultur	14
Wirtschaft	16
Aussenpolitik	20

Iran steht an einem Scheideweg. Nach dem Austritt der USA und der Wiedereinführung von Wirtschaftssanktionen droht das Atomabkommen zu scheitern. Der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung, die Öffnung nach außen und vor allem auch die Liberalisierung der theokratischen Staatsordnung sind in weite Ferne gerückt. Über den Kurs des Landes, auch über die Rolle Irans in der Region, ist sich die Staatsführung nicht einig. Wie der Machtkampf, der schon seit geraumer Zeit zwischen Konservativen und Reformern tobt, ausgehen wird, ist ungewiss. Der Iran-Report wertet Nachrichten verschiedener Quellen aus. Auch um die von den Mächtigen in Iran verfügbaren Behinderungen und Einschränkungen der journalistischen Arbeit auszugleichen. Der Iran-Report produziert keine Schlagzeilen, sondern er erhellt die Meldungen, das Nichtgesagte dahinter.

Elektronisches Abonnement:

Wenn Sie den Iran-Report kostenfrei abonnieren wollen, tun Sie dies bitte unter <https://www.boell.de/iran-report>. Mit einer E-Mail an info@boell.de können Sie sich aus dem Verteiler wieder austragen lassen.

IMPRESSUM

Autor: Bahman Nirumand
Redaktion: Anja Hoffmann
V.i.S.d.P.: Annette Maennel
19. Jahrgang

INNENPOLITIK

Reformer verlieren ihre Basis im Volk / Rohani spricht von einer möglichen Niederlage / Teilnahme von Geschworenen an politischen Prozessen / Debatte im staatlichen Fernsehen über Kleidungs Vorschriften / #MeToo jetzt auch in Iran / Gasexplosion fordert mehr als 200 Verletzte / Schockierende Hinrichtung eines bekannten Ringers / Erklärung der Arbeitergewerkschaften zur Hinrichtung von Afkari / Sotudeh bricht nach fast 50 Tagen ihren Hungerstreik ab / Neue Vorwürfe gegen die iranische-britische Staatsbürgerin Zaghari / Starker Anstieg der Corona-Neuinfektionen

REFORMER VERLIEREN IHRE BASIS IM VOLK

In einem Beitrag für das persischsprachige Programm der BBC vom 19. September analysiert Masud Asarpey die Lage der Reformer in Iran und zeigt dabei, wie weit die einst vielversprechende Bewegung ihre Basis im Volk verloren hat. Hier eine inhaltliche Zusammenfassung des Beitrags:

Bei den landesweiten Demonstrationen im Januar 2018 gegen die wirtschaftliche Lage des Landes waren auch Parolen gegen die Reformer zu hören. „Weder Konservative noch Reformer, ihr habt ausgespielt,“ skandierten die Demonstrierenden. Dennoch gelang es den Reformern, die Mehrheit im Parlament zu erringen und auch ihren Kandidaten, den als „gemäßigt“ bezeichneten, Hassan Rohani, durchzusetzen. Doch es dauerte nicht lange bis die Wähler, enttäuscht von der Regierung, den Reformern den Rücken kehrten. Bereits im April vergangenen Jahres sagte Ex-Staatspräsident Mohammad Chatami, der als „Vater der Reformer“ bezeichnet wird: „Wenn ich abermals an die Wähler appellieren würde, uns zu wählen, werden sie nicht auf mich hören.“ Die Warnung Chatamis richtete sich vor allem an die Regierung, die Millionen Wähler, die voller Hoffnung für die Reformer gestimmt hatten, enttäuscht hatte.

Aber es ging nicht allein um die Regierung. Die Reformer insgesamt verloren an Ansehen, weil sie sich bei den zunehmenden Problemen des Landes, nicht zuletzt bei den sich häufenden Streiks der Arbeiter oder Lehrer, passiv verhielten, mit dem Ziel, dem Wächterrat keinen Vorwand zu liefern, ihre Kandidaten bei den Wahlen zum 11. Parlament abzulehnen. Sie schwiegen zu dem brutalen Vorgehen gegen Demonstrierende, um weiterhin an der Macht beteiligt zu werden. Doch sie erreichten das Gegenteil. Die meisten ihrer Kandidaten wurden bei den Parlamentswahlen im Februar dieses Jahres vom Wächterrat abgelehnt, die Konservativen und Ultras errangen die absolute Mehrheit. Im nächsten Jahr sind Präsidentschaftswahlen. Es ist kaum damit zu rechnen, dass ein Reformler oder Gemäßigter als Nachfolger von Rohani gewählt wird.

Im Oktober 1999, zwei Jahre nach der Wahl Präsident Chatamis, bildeten die 18 Gruppen und Parteien, die sich zu der Reformbewegung zählten, gemeinsam den „Rat zur Koordinierung der Reformbewegung.“ Ein wichtiges Ziel dieses Rates bestand darin, sich auf einen Kandidaten für die Zeit nach der achtjährigen Ära Chatami zu einigen. Doch dazu war der Rat offenbar nicht fähig. Es gab vier Bewerber, die gegen den Erzkonservativen Mahmud Ahmadinedschad ins Rennen gingen. Ahmadinedschad ging als Sieger hervor.

Acht Jahre später konnten die Reformer bei den Präsidentschaftswahlen in Koalition mit den „Gemäßigten“ ihren gemeinsamen Kandidaten, Hassan Rohani, durchsetzen und bei den Parlamentswahlen die Mehrheit erringen. Das war wohl ihre letzte Chance. Die letzten Parlamentswahlen im Februar zeigten, dass sie für die Wähler keine Alternative mehr darstellen und immer mehr marginalisiert werden.

Für den heutigen Zustand der Reformer gibt es mehrere Gründe. Erstens hatten sie nicht genug Mut, gegen die Machenschaften der Gegenseite Widerstand zu leisten. Sie waren

stets kompromissbereit, wobei sie am Ende den Kürzeren ziehen mussten. Zweitens haben sie nie versucht, bei ihren politischen Aktivitäten die Wähler mit einzubeziehen. Sobald die Wahlen vorbei waren, entfernten sie sich von der Basis, weil sie Gegenmaßnahmen der anderen Seite befürchteten. Drittens haben sie sich immer gescheut, grundlegende Reformen zu verlangen. Selbst sie als Reformen hüten sich stets vor Veränderungen, die das gesamte System, das sie unbedingt erhalten wollen, in Frage stellen.

Nun stehen im nächsten Jahr die Präsidentschaftswahlen bevor. Wie werden sie vorgehen? Sie könnten im Hinblick darauf, dass höchstwahrscheinlich der Wächterrat prominente Kandidaten aus ihren Reihen ablehnen wird, auf einen eigenen Kandidaten verzichten und sich bei den Wahlen passiv verhalten. Oder sie könnten sich auf einen gemäßigten Kandidaten der Konservativen, wie den ehemaligen Parlamentspräsidenten Ali Laridschani, einigen. Denn es ist kaum vorstellbar, dass der Wächterrat jemanden wie Laridschani ablehnen wird.

Die erste Vorgehensweise würde vermutlich die Reformen in die Bedeutungslosigkeit treiben. Was sollten die Wähler von einer politischen Bewegung halten, die in diesen kritischen Zeiten keine Initiative zustande bringt und sich wie ein Zuschauer verhält. Die zweite Möglichkeit würde die Kritiker bestätigen, die behaupten, die Reformen dienen nur als Steigbügelhalter des Systems und der Machthaber.

Viele Beobachter führen das Scheitern der Reformbewegung darauf zurück, dass das System der Islamischen Republik generell nicht reformierbar sei. Wie auch immer, Millionen Wähler, die sowohl in der Ära Chatami als auch in der Regierungszeit von Rohani auf grundlegende Veränderungen gehofft hatten, sind zutiefst enttäuscht und haben längst den Reformern den Rücken gekehrt.

ROHANI SPRICHT VON EINER MÖGLICHEN NIEDERLAGE

„Wir befinden uns in einem Krieg,“ sagte Präsident Rohani nach einer Kabinettsitzung am 23. September. „Es geht nicht um Sanktionen, sondern um einen Wirtschaftskrieg, und Krieg ist kein Spaß. Dabei gibt es Tote und Verletzte.“

Die Lage sei nicht wie damals im Krieg gegen Irak. Das Fehlen des Zusammenhalts aller Gruppen könne im gegenwärtigen Krieg zu einer Niederlage führen. „Die USA hatten bereits vor zwei Jahren mit dem Krieg begonnen, doch einige in unserem Land merkten es immer noch nicht,“ sagte Rohani. Er nannte keine Namen von Personen und Gruppen, sagte nur, es gebe Leute, „die am Rande sitzen und kritisieren.“

Rohani hatte bereits vor zwei Monaten von der Notwendigkeit der Einheit des Volkes und der Regierung gesprochen. Im Krieg gegen Irak habe er die Söhne von Chamenei und Rafsandschani an der Front gesehen und die Unterstützung der gesamten Bevölkerung festgestellt. „Das hat mich davon überzeugt, dass wir siegen werden,“ sagte der Präsident, der damals eine Zeit lang der Stellvertreter des Oberbefehlshabers der Streitkräfte war.

Heute sei die Lage anders. „Heute nehmen nicht alle an dem Krieg teil,“ sagte Rohani. „Wir müssen erstens begreifen, dass wir uns im Krieg befinden und dass die Regierung nicht allein die Lasten des Kriegs tragen kann. Es kann nicht sein, dass einige das Geschehen vom Rand aus beobachten und sagen, es wäre besser gewesen, wenn ihr anders gehandelt und wo anders eingegriffen hättet. Alle müssen die Lasten des Kriegs tragen. Wir befinden uns in einem großen Krieg und wir können nur siegen, wenn alle mitmachen.“

TEILNAHME VON GESCHWORENEN AN POLITISCHEN PROZESSEN

Zum ersten Mal in der Geschichte der Islamischen Republik sollen einige politische Prozesse im Beisein von Geschworenen stattfinden. Der Teheraner Staatsanwalt, Ali Alghassi Mehr, sagte am 13. September der Presse, zwei politische Prozesse mit fünf Angeklagten sollen zum ersten Mal im Beisein von Geschworenen abgehalten werden. An weiteren 18 Prozessen, bei denen es sich ebenfalls um politische Angelegenheiten handle, sollen Geschworene teilnehmen. Zudem erklärte Justizchef Ebrahim Raisi, künftig sollen politische Prozesse von Sicherheitsprozessen getrennt werden.

Gemäß Artikel 168 der Verfassung der Islamischen Republik müssen politische und presserechtliche Prozesse öffentlich und im Beisein von Geschworenen stattfinden. Dabei sollen die Befugnisse der Geschworenen sowie die Definition von politischen Prozessen nach Grundsätzen des islamischen Glaubens festgelegt werden. Trotz dieser Eindeutigkeit der Verfassung wurden in den vergangenen 41 Jahren politische Prozesse ohne Ausnahme als „Sicherheitsprozesse“ unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne Teilnahme von Geschworenen durchgeführt. Offiziell wurde stets geleugnet, dass es in Iran politische Straftäter und politische Gefangene gebe.

Es dauerte mehr als dreißig Jahre bis ein Gesetz über politische Straftaten vom Parlament verabschiedet wurde. Nach jahrelangen Auseinandersetzungen einigte sich eine Mehrheit des 9. Parlaments 2015 über eine Definition von politischen Straftaten. Demnach wird eine Straftat, die sich gegen die Staatsführung oder staatliche Institutionen, gegen Innenpolitik oder Außenpolitik der Regierung richtet und die das Ziel hat, das System zu bessern, ohne dabei dem gesamten System zu schaden, als politische Straftat angesehen. Konkret werden die Verbreitung von Unwahrheiten, Beleidigungen gegen die Chefs der drei Gewalten, den Vorsitzenden des Schlichtungsrats, Vizepräsidenten, Parlamentsabgeordnete, Mitglieder des Expertenrats und Mitglieder des Wächterrats sowie gegen Diplomaten der Islamischen Republik als politische Straftaten eingestuft. Die Einstufung als politische Straftat erfolgt durch die Staatsanwaltschaft oder durch das Gericht, in dem die Straftat behandelt wird.

Im sechsten Paragraphen des Gesetzes heißt es: „Politische Gefangene dürfen nicht in Einzelzellen untergebracht werden. Sollte dies notwendig sein, dürfe die Einzelhaft nicht länger als 15 Tage dauern.“ Politische Gefangene dürfen nicht mit gewöhnlichen Verbrechern in einer Zelle untergebracht werden. Sie haben das Recht, ihre Verwandten ersten Grads als Besuch zu empfangen. Den Gefangenen müsse während der gesamten Dauer ihres Gefängnisaufenthalts Zugang zu Büchern, Zeitungen, Zeitschriften Radio und Fernsehen gewährt werden.

Zwar bildete das Gesetz einen Fortschritt in der iranischen Justiz, denn mit diesem Gesetz wurde offiziell akzeptiert, dass es Straftaten gibt, die politisch sind, aber es war nur ein kleiner Schritt. Denn das Gesetz liefert keine genaue Definition der politischen Straftaten und überlässt die Entscheidung der Staatsanwaltschaft oder einzelnen Richtern. Sollte ein Richter entscheiden, dass der Angeklagte nicht die Absicht gehabt habe, das System zu bessern, sondern ihm zu schaden und zu bekämpfen, dann wird seine Straftat nicht als politisch eingestuft. So ist die Beleidigung des Revolutionsführers dem Gesetz nach keine politische Straftat, sondern ein sicherheitspolitisches Verbrechen.

Alle Bemühungen und Aktivitäten zur Reform der Verfassung und der Staatsordnung der Islamischen Republik werden nicht als politische Straftat eingestuft. Damit bleibt es der Justiz überlassen, auch künftig jede politische Aktivität, jede grundsätzliche Kritik wie bisher als „Aktivität gegen die nationale Sicherheit,“ „Aufruhrstiftung“ und dergleichen mehr als sicherheitspolitische Straftaten einzustufen und zu bestrafen.

DEBATTE IM STAATLICHEN FERNSEHEN ÜBER KLEIDUNGSVORSCHRIFTEN

Zum ersten Mal seit Gründung der Islamischen Republik wurde im staatlichen Fernsehen eine Debatte über Sinn und Zweck der Kleidungsvorschriften (Hidschab) geführt. Angesichts der Tatsache, dass derzeit Dutzende von Frauen in Gefängnissen sitzen, weil sie wegen Missachtung der Kleidungsvorschriften zum Teil zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden und angesichts der immer strenger werdenden Kontrollen auf den Straßen durch die Sittenpolizei, war die Debatte, die am späten Abend des 17. September im staatlichen Fernsehen geführt wurde, eine Sensation.

Bemerkenswert war auch, dass der Teilnehmer, der sich gegen die Vorschriften äußerte, Mitglied der Fraktion der konservativen „Prinzipientreuen“ (Usulgaran) ist. Der schiitische Geistliche Mehdi Nassiri gehört zu den bekanntesten ideologischen Wegweisern der Konservativen in Iran. Er war für längere Zeit Chefredakteur der erzkonservativen Tageszeitung Kayhan, die als Sprachrohr des Revolutionsführers Ali Chamenei gilt. Zurzeit ist er Herausgeber der Zeitschrift „samat.“

Bei der Pro- und Contra-Debatte erklärte Nassiri, 70 Prozent der Menschen in Iran seien gegen die erzwungenen Kleidungsvorschriften. Er kritisierte, dass solche Statistiken in den Medien nicht bekanntgegeben würden. Es sei höchst bedenklich, dass die Kleidungsvorschriften nach vierzig Jahren Islamische Republik immer mehr vernachlässigt oder gar missachtet würden, sagte er. Die Erfahrung der vierzig Jahre zeige, dass gerade der staatliche Zwang zu dieser Abwehr gegen den „Hidschab“ geführt habe. „Dieser Zwang ist weder logisch, noch vernünftig oder religiös zu begründen. Er darf nicht fortgesetzt werden.“ Wenn die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung gegen den Zwang sei, müsse der Staat den Willen des Volkes akzeptieren und dürfe seinen Willen nicht mit Gewalt durchsetzen.

„Das Beharren auf die Zwangsvorschriften führt zur Polarisierung der Gesellschaft,“ sagte Nassiri weiter. Als Beispiel führte er das Verbot von Parabolantennen und Satellitensender an. Da habe der Staat nach jahrelangem Widerstand der Bevölkerung nachgeben und faktisch das Verbot aufheben müssen. So werde es wohl auch mit dem Hidschab geschehen.

Nassiri kritisierte, dass der Staat den Kampf für die Durchsetzung des Hidschabs weit ernsthafter betreibe als den gegen Hunger und Armut. „Wenn ein zwölfjähriges Mädchen in den Mülleimern nach Nahrung sucht, zeigt sich der Staat nicht betroffen. Doch wenn dasselbe Mädchen den Hidschab missachtet und sich ohne Schleier oder Kopftuch in der Öffentlichkeit zeigt, wird das zu einem Skandal.“

Während der Staat den Druck zur Durchsetzung des Hidschabs immer weiter verstärkt, wächst der Widerstand gegen die Vorschriften. Einem Bericht von Amnesty International zufolge wurden im Jahr 2018 mindestens 39 Frauen wegen Widerstand gegen den Hidschab zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Damals hatten zahlreiche junge Frauen demonstrativ ihr Kopftuch in der Öffentlichkeit abgelegt. Die Anwältin und Menschenrechtsaktivisten Nassrin Sotoudeh wurde wegen Verteidigung dieser Frauen zu 33 Jahre und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. (s. Seite 10/11)

#METOO JETZT AUCH IN IRAN

Berichte einiger Journalistinnen über sexuelle Übergriffe durch bekannte Politiker haben die #MeToo-Bewegung in Iran eingeleitet. Diese Berichte wurden auf Videos verbreitet, allerdings wurden dabei die Namen der Täter nicht genannt. Eine Journalistin veröffentlichte einige Videos über einen bekannten Künstler und einen Professor, denen sie vorwarf, Studentinnen sexuell missbraucht zu haben. Diese Berichte lösten eine Welle von Anklagen, unter anderem gegen einen Mann namens Kaywan Emamwerdi aus, dem

vorgeworfen wurde, eine ganze Reihe von Frauen zu sich eingeladen und ihnen ein einschläferndes Getränk verabreicht und sie anschließend sexuell missbraucht zu haben. Die Vorwürfe gegen den Mann wurden so laut, dass die Polizei einschritt und den Mann verhaftete. Doch die Frauen wurden danach nicht leiser. Sie forderten auch die Bestrafung des „berühmten Künstlers.“ Diese Forderung unterstützte selbst der konservative Politiker Ali Akbar Raseghipur. Er twitterte, wenn Emamwerdi bestraft werde, müsse auch der Künstler, der zahlreiche Frauen missbraucht habe, erst recht bestraft werden.

In den sozialen Medien gab es in den letzten Wochen unterschiedliche Reaktionen auf die Berichte. Manche ermunterten die Frauen, weiter zu machen, andere forderten die Opfer auf, sie sollten schweigen.

Es stellt sich die Frage, wieso gerade jetzt iranische Frauen ihr Schweigen brechen und öffentlich die Täter anklagen. Dazu einige Zitate aus den sozialen Netzwerken: „Wenn eine anfängt, folgen andere,“ schreibt Nadschmeh. Farnas meint: „Mut ist ansteckend.“ Die Journalistin Marsijeh Rasuli glaubt, dass jungen Frauen sich allmählich mehr trauen, das Geschehen ihrer Angehörigen, damit auch der Öffentlichkeit mitzuteilen. Es gebe jetzt weit mehr Familien, die nicht mehr dem Opfer die Schuld geben. „Wir sollten jetzt nicht Frauen, die über ihre Erlebnisse sprechen, als mutig bezeichnen. Denn das würde bedeuten, dass jene, die schweigen, mutlos sind. Wir sollten eher sagen, dass wir zusammenhalten, dass wir nicht alleine sind und uns gegenseitig unterstützen.“

Die Journalistin Sara Ommatali, die nach eigenen Angaben vor zwölf Jahren von einem bekannten Künstler sexuell missbraucht wurde, schreibt: „Ich habe geschwiegen, weil ich Angst hatte, man würde von mir Beweise verlangen.“ Die Schauspielerinnen Sahra Amirebrahimi, die ins Ausland geflüchtet ist, schreibt: „Es wurde höchste Zeit. Endlich bringen Frauen Mut auf, ihr Schweigen zu brechen. Jede Veröffentlichung ermuntert andere Frauen, über ihr Leid zu berichten.“

In einem Interview mit dem Nachrichtenportal Euro-News erklärt die Soziologin Schahla Esasi auf die Frage, wie weit Gesellschaft und Politik die neue Bewegung fördern: „Soweit es den Staat betrifft, kann ich keine Änderung feststellen, aber Frauen sind bewusster und selbstbewusster geworden. In den vergangenen zwei Jahrzehnten wurde einiges über sexuelle Belästigung auf der Straße, Gewalt gegen Frauen in der Familie und sexuellen Missbrauch publiziert. Das hat Frauen ihre Lage bewusst gemacht, vor allem, dass nicht sie als Opfer schuldig sind, sondern die Täter. Daher sind jetzt immer mehr Frauen bereit, ihr Schweigen zu brechen. Allerdings gibt es auch einen zweiten wichtigen Grund für die Bereitschaft der Frauen, ihre Geheimnisse öffentlich zu machen. Die sexuellen Belästigungen und Missbräuche, auch die Gewalt gegen Frauen, haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Daher scheinen jetzt immer mehr Frauen entschlossen, Widerstand zu leisten.“

Der Jurist und Anwalt Nemat Ahmadi antwortet in einem Interview mit Euro-News auf die Frage, warum sexuelle Missbräuche zugenommen hätten, obwohl die dominierende Rolle der Männer in den vergangenen Jahren schwächer geworden sei: „Ich bin nicht der Meinung, dass die gesellschaftliche Rolle der Männer schwächer geworden ist. Im Gegenteil: die Verantwortlichen des Staates versuchen diese Rolle zu stärken, vor allem, weil die Frauen in der Gesellschaft immer präsenter werden. Viele Frauen sind berufstätig, sie lassen sich nicht mehr ins Heim zurückdrängen.“

Die Soziologin Esasi sagt: „Unsere Gesellschaft neigt dazu, die Schuld bei den Opfern zu suchen. Das ist Teil unserer Kultur. Man wirft der Frau vor, dass sie gelacht oder sich in einer bestimmten Art gekleidet oder bewegt hat. Unsere Gesellschaft ist eine Männergesellschaft. Den Frauen wird das Recht abgesprochen, sexuelle Beziehungen zu haben. Es ist schon strafbar, wenn eine Frau sich mit einem fremden Mann in einem Raum aufhält. Diese Ungleichheit des Rechts wird jetzt in Frage gestellt.“

Der Anwalt Ahamdi weist auf rechtliche Probleme hin. „Das islamische Recht verbietet Frauen, sich mit Männern zu treffen, mit denen sie nicht verheiratet sind. Verstöße gegen dieses Gesetz werden mit Peitschenhieben bestraft, selbst dann, wenn dabei keine körperliche Berührung stattfindet. Wenn aber ein Mann die Frau zu einem Kuss zwingt, und die Frau ihn dafür anzeigt, wird sie auch selbst bestraft, weil sie sich mit ihm getroffen hat. Daher wird die Frau keine Anzeige erstatten.“

GASEXPLOSION FORDERT MEHR ALS 200 VERLETZTE

Einem Bericht der staatlichen Nachrichtenagentur zufolge wurden am 5. September bei der Explosion eines Chlorgaskanisters in der Provinz Ilam 217 Personen verletzt. 106 Verletzte mussten im Krankenhaus behandelt werden. Todesopfer gab es keine. Der Vorfall ereignete sich beim Transport des Kanisters durch einen Lastwagen. Nach Meinung des Leiters der Universitätsklinik von Ilam, Mohammad Karimian, sei das Unglück durch Nachlässigkeit des Lastwagenfahrers verursacht worden. Doch viele Kommentatoren in Iran betrachten den Vorfall in Zusammenhang mit der Reihe von Explosionen und Bränden, die sich in den letzten Wochen und Monaten in Iran ereignet haben, unter anderem mit der Explosion auf dem Militärgelände in Parchin, in der Nähe der Hauptstadt Teheran und mit der in der Atomanlage in Natans. Die Regierung versuchte zunächst diese Explosionen als Unglücksfälle darzustellen, musste aber später zugeben, dass es sich um Sabotagen handelte.

Regierungssprecher Ali Rabii sagte am 22. September, bei der Explosion in Atomanlage Natans Anfang Juli habe es sich möglicherweise um einen „innere Sabotageakt“ gehandelt. Das werde jetzt von Sicherheitsorganen genau untersucht. Rabii, der selbst als früherer Mitarbeiter des Geheimdienstes über Erfahrungen verfügt, sagte weiter, über die Täter könne man nur spekulieren. Sicher sei jedenfalls, dass es sich um eine Sabotage gehandelt habe. Einzelheiten wollte der Sprecher nicht nennen.

SCHOCKIERENDE HINRICHTUNG EINES BEKANNTEN RINGERS

Der bekannte iranische Ringer Navid Afkari wurde am 12. September bei Nacht und Nebel in aller Eile hingerichtet, kurz danach wurde sein Leichnam begraben. Erst am nächsten Tag gab die Justiz der Provinz Fars die Hinrichtung bekannt. Die Hinrichtung löste nicht nur in Iran, sondern weltweit, einen Schock aus.

Der 27-jährige Afkari hatte vor zwei Jahren an einer Protestdemonstration in der Stadt Schiras, in der im Süden des Landes gelegen Provinz Fars, teilgenommen. Er wurde unter dem Vorwurf, einen Sicherheitsbeamten des Wasser- und Kanalisationsamtes getötet zu haben, festgenommen und später von einem Revolutionsgericht der Provinz zum zweimaligen Tod, vier Jahren und vier Monaten Gefängnis und 74 Peitschenschlägen verurteilt. Auch zwei seiner Brüder erhielten hohe Strafen. Wahid Afkari wurde zu 54 Jahren und sechs Monaten Gefängnis und 74 Peitschenschlägen, und sein Bruder Habib Afkari zu 27 Jahren und drei Monaten Gefängnis und 74 Peitschenschlägen verurteilt. Über Zeitpunkt und Verlauf des Prozesses wurde nichts bekannt gegeben. Die Agentur Herana veröffentlichte einige Notizen Afkaris auf Gefängnispapier, aus denen hervorgeht, dass er im Gefängnis schwer gefoltert wurde. „Alle meine Geständnisse wurden durch Folter erzwungen. Sie haben mein Kopf und Gesicht mit Plastik verhüllt, ich war am Ersticken und dem Tod sehr nahe, da musste ich lauter Unwahrheiten zugeben. Ich bin unschuldig. Die Regierung brauchte wohl nur einen Hals für ihren Strang,“ heißt es in den Notizen.

Die Mutter von Afkari, Bahieh Namdschu, veröffentlichte am 30. August eine Videobotschaft, in der sie sagte, ihre Söhne seien unschuldig. Sie seien bei einem „ungerechten Prozess, ohne Grund und ohne Beweise“ verurteilt worden. Ihr Sohn Habib

sei drei Monate nach seiner Hochzeit verhaftet worden. Der andere Sohn, Wahid, sei schwer gefoltert worden. Er sollte gegen seinen Bruder Navid aussagen. Um diesem Zwang zu entgehen, habe er zweimal versucht, sich das Leben zu nehmen. „Ich flehe und bitte alle Menschen, die meine Stimme hören, lasst nicht zu, dass mein unschuldiger Sohn Navid hingerichtet wird“, sagte die Mutter.

Der Journalist Schahed Alawi veröffentlichte ein Tonband, auf dem Wahid über seinen Aufenthalt im Gefängnis berichtet. Er sei Monate lang in der Einzelzelle gewesen. „Sie haben gedroht, alle meine Angehörigen festzunehmen. Ich versuchte mich zu töten, um wenigstens meinen Bruder Navid zu retten. Drei Tage lag ich im Krankenhaus im Koma. Sie verhüllten meinen Kopf und Gesicht in Plastik, schlugen mit Ketten auf meine Beine und Füße und zwangen mich anschließend zu laufen. Sie sagten, sie werden auch meine Mutter und Schwester verhaften.“

Die frühere Parlamentsabgeordnete Fatemeh Haghhighatdschu forderte am 31. August in einem offenen Brief Justizchef Ebrahim Raisi auf, das Todesurteil gegen Afkari nicht zu vollstrecken und das Foltern in den Gefängnissen zu verbieten. Sie halte die Aussagen der Brüder Afkari über die Folterungen für glaubwürdig, weil sie selbst in ihrer Abgeordnetenzeit von Folterungen in Gefängnissen erfahren habe. Bei einem Besuch in einem Gefängnis habe ein Mann ihr seinen Rücken gezeigt. Die Wunden durch Peitschenschläge seien ganz frisch gewesen.

Die Justiz behauptete, Afkari sei auf Videoaufnahmen am Tatort zu sehen. Doch der Anwalt Hassan Yunessi, Sohn des früheren Geheimdienstministers, sagte am 1. September, die Aufnahmen zeigten den Tatort etwa eine Stunde vor der Tatzeit. Am 5. September gab der Anwalt der Afkaris bekannt, dass die drei Brüder zu einem unbekanntem Ort gebracht worden seien. Am selben Tag sendete das staatliche Fernsehen „Geständnisse“ der drei Brüder. Zugleich wurde ein nachgestelltes Szenario vom Tathergang gezeigt, bei dem auch Navid zu sehen ist. Der Kommentator sagte, Navid sei „ohne Zwang, freiwillig“ zum Tatort gegangen und habe dort geschildert, wie er den Angestellten getötet habe.

Am 7. September bat US-Präsident Donald Trump die iranische Führung, die Vollstreckung des Todesurteils gegen Navid Afkari auszusetzen. Er twitterte: „Ich habe gehört, dass ein großer und beliebter Ringer, Navid Afkari, dessen Schuld einzig darin besteht, an einer Protestdemonstration teilgenommen zu haben, hingerichtet werden soll. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie von dem Tod dieses jungen Mannes absehen und die Hinrichtung aussetzen würden. Ich danke Ihnen.“

Indes häuften sich die Proteste im In- und Ausland. Am 7. September sagte der dreimalige Weltmeister im Ringen, Frank Stäbler laut dpa auf Instagram: „Die Ringer-Familie und die globale Sport-Gemeinschaft stehen hinter Afkari. Wir kämpfen zusammen, um für Navid und seine Familie Gerechtigkeit zu bekommen. Rettet Navid Afkari.“ Auch Ex-Weltmeisterin Aline Rotter-Foken schrieb: „Die Ringer-Gemeinschaft hat eine Verantwortung, sich einzusetzen. Bitte rettet Navid.“ Der Deutsche Olympische Sportbund erklärte laut dpa vom 10. September, er beobachte „mit größter Sorge die Situation, um den unter zweifelhaften Umständen zum Tode verurteilten Afkari. „Wir schließen uns den weltweiten Forderungen von Politik und Sport an die iranische Führung an, den Vollzug der Strafe auszusetzen und dem Angeklagten einen fairen Prozess als eines der grundlegenden Menschenrechte zu gewähren.“

Auch in Iran forderten Millionen Menschen, darunter renommierte Sportler, die Revision des Urteils. Doch all diese Proteste und Forderungen hielten die Justiz nicht davon an, das Urteil während der Nacht des 12. September zu vollstrecken.

Die Justizbehörde der Provinz Fars erklärte, die Hinrichtung sei vollzogen worden, weil die Angehörigen des Opfers darauf bestanden hätten. Das islamische Recht beruht auf dem

Prinzip „Auge um Auge, Zahn um Zahn.“ Die Familie des Opfers kann den Tod des Täters verlangen, kann aber auch darauf verzichten und sich mit einer Entschädigung begnügen. Doch ein Freund der Familie Afkari erklärte, die Familie des Opfers sei bei der Hinrichtung nicht anwesend gewesen.

Auch die Anwälte und die Brüder von Navid wurden nicht über die Hinrichtung informiert. Navid hatte um 23:30 seinem Bruder mitgeteilt, er solle am nächsten Tag nach Teheran gebracht werden. Das bedeutet, dass nicht einmal der Verurteilte über seine Hinrichtung informiert wurde. Erst am Mittag des nächsten Tages wurde die Hinrichtung den Angehörigen mitgeteilt.

Das Gesetz schreibt vor, dass 48 Stunden vor der Vollstreckung des Urteils sowohl der Verurteilte als auch seine Anwälte darüber informiert werden müssen. Die völlig unerklärliche und übereilte Hinrichtung Afkaris löste weltweit Entsetzen aus. Der Journalist und Medienforscher Behrus Nurani schrieb, er habe die User der sozialen Medien noch nie so wütend und entsetzt erlebt. „Ich sehe einen Vulkan, der, wenn er zum Ausbruch käme, alles zerstören würde.“

Die Rufe nach Sanktionen wurden laut. Die Sportler-Union „Global Athlete“ erklärte laut dpa vom 13. September, Iran verdiene nicht mehr das Privileg, an internationalen Wettbewerben teilzunehmen. US-Außenminister Mike Pompeo sprach von einem „abscheulichen Angriff auf die Menschenwürde.“ Die menschenrechtbeauftragte der Bundesregierung zeigte sich „zu tiefst bestürzt.“ Das IOC erklärte, es sei „geschockt,“ erwähnte aber auch, dass es die Souveränität des Landes respektiere. Der bekannte iranische Filmemacher Mohammad Rassoulof schrieb, Afkari ist ein Opfer eurer Machtdemonstration. „... habt ihr keine Angst vor dem Ozean des Hasses, den ihr damit erzeugt?“ Die Schauspielerin Golschifteh Farahani schrieb: „Der Strick befindet sich um den Hals des Regimes.“

Dem gegenüber wurde die Hinrichtung Afkaris in den staatlich oder staatlich abhängigen Medien kaum erwähnt. Mit wenigen Ausnahmen hüllten sich die Reformer und Gemäßigten in Schweigen, die Konservativen und Ultras begrüßten die Hinrichtung als gerechte Strafe.

Im Ausland wurde die Hinrichtung scharf verurteilt. „Wir sind entsetzt darüber, dass die Todesstrafe gegen den Sportler Navid Afkari am vergangenen Samstag in Iran vollstreckt wurde,“ erklärte eine Sprecherin des Auswärtigen Amtes in Berlin am 14. September. „Die Bundesregierung verurteilt diese Hinrichtung, die trotz internationaler Proteste und Bitten um Aussetzung durchgeführt wurde, auf das Schärfste. (...) Wir fordern ein rechtsstaatliches Verfahren für alle im Zusammenhang mit den Protesten in Iran inhaftierten Personen und dass weitere Todesstrafen weder verhängt noch vollstreckt werden.“ Ein Sprecher des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell sagte: „Die Europäische Union lehnt die Todesstrafe unter allen Umständen und ohne Ausnahme ab.“ Es handele sich um eine grausame Strafe, die die menschliche Würde und Unantastbarkeit auf inakzeptable Weise verleugne, zitiert dpa den Sprecher.

Die iranische Justiz wies die Kritik zurück. Ausländische Botschaften sollten nicht „das Sprachrohr von iranischen Oppositionsgruppen werden und zumindest die diplomatischen Normen einhalten,“ erklärte Ali Bagheri, Vizechef der internationalen Abteilung der Justiz. Auch der deutsche Botschafter in Teheran, Hans-Udo Muzel, hatte sich auf Twitter über die Hinrichtung „tief entsetzt“ geäußert und wurde deshalb ins Teheraner Außenministerium einbestellt.

ERKLÄRUNG DER ARBEITERGEWERKSCHAFTEN ZUR HINRICHTUNG VON AFKARI

Einige Arbeitergewerkschaften, darunter auch die Gewerkschaft der Busfahrer und die der Zuckerindustrie, haben die Hinrichtung des Ringers Navid Afkari verurteilt. Sie seien „erfüllt von Wut und Entsetzen,“ hieß es. Ziel der Hinrichtung „eines Mannes aus dem Volk wegen Teilnahme an Protestdemonstrationen“ sei gewesen, „Angst zu verbreiten, damit sich ähnliche Aktionen nicht wiederholen.“ Die Gewerkschaft der Busfahrer bezeichnete die Hinrichtung als „gezielten staatlichen Mord.“ „Entgegen der Vorstellung der Verteidiger des Kapitals, hat die Hinrichtung nicht nur bei den Volksmassen keine Angst und Furcht erzeugt, sondern sie zum stärkeren Widerstand gegen diese brutale und inhumane Tat ermuntert.“

Navid Afkari war Bauarbeiter. In der Erklärung heißt es weiter: „Die Sicherheitsorgane haben mit der Tötung eines unschuldigen Arbeiters ihre Macht demonstrieren wollen, denn ihnen ist bange vor der nahenden Zukunft, vor dem, was in den nächsten Tagen und Wochen auf sie zukommen wird. Die Hinrichtung Afkaris hat die Gemeinschaft der Arbeiter abermals daran erinnert, dass sie mit aller Macht, entschlossen und organisiert ihren Kampf gegen die Todesstrafe und für die Freiheit verstärkt fortsetzen müssen.“

„Was Menschen wie Afkari dazu bewogen hatte, an den Straßenprotesten teilzunehmen, war die Armut, die für 90 Prozent der Menschen in unserem Land das Leben schwer und unerträglich gemacht hat,“ schreiben die Autoren. Zu den Unterstützern der Erklärung gehören neben Arbeitergewerkschaften auch einige Lehrerverbände.

SOTUDEH BRICHT NACH FAST 50 TAGEN IHREN HUNGERSTREIK AB

Die iranische Menschenrechtaktivistin und Anwältin Nassrin Sotoudeh hat am 25. September nach fast 50 Tagen ihren Hungerstreik abgebrochen. Sie hatte aus Protest gegen die Haftbedingungen am 12. August mit dem Streik begonnen. Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen haben ihre sofortige Freilassung gefordert. Auch der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Niels Annen, sagte der Welt am Sonntag Sotoudeh schwebte in akuter Lebensgefahr, sie „muss freigelassen werden.“ Ihr Einsatz für Menschen- und Bürgerrechte sei „kein Verbrechen.“

Die 1963 in Teheran geborene Anwältin Sotoudeh hatte 1995 ihr Jura-Studium abgeschlossen. Zunächst arbeitete sie als Journalistin, schrieb, insbesondere über Frauenrechte, für mehrere reformorientierte Zeitungen. Erst sieben Jahre nach ihrem Studium bekam sie die Zulassung, als Anwältin zu arbeiten. Seitdem verteidigte sie Oppositionelle, besonders minderjährige Häftlinge. Darüber hinaus engagierte sie sich für Frauen- und Kinderrechte. Sie gehörte zu den Initiatorinnen der Kampagne „eine Millionen Unterschriften,“ die Gleichberechtigung für Männer und Frauen in der Islamischen Republik forderte.

Im September 2010 wurde Sotoudeh wegen ihres Engagements bei den Protesten gegen die umstrittene Wiederwahl von Präsident Mahmud Ahmadinedschad festgenommen. Nach Auskunft ihres Mannes, Resa Khandan, wurde sie von einem Revolutionsgericht wegen „Kampf gegen die nationale Sicherheit, Propaganda gegen die islamische Staatsordnung, Mitgliedschaft in dem Verein zur Verteidigung der Menschenrechte und Verstoß gegen die islamische Kleiderordnung“ zu elf Jahren Haft und einem 20-jährigen Berufsverbot verurteilt. Doch nach der Wahl von Präsident Hassan Rohani wurde sie am 18. September 2013 vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen.

Sotoudeh wurde im Juni 2013 erneut verhaftet, weil sie zwei Frauen verteidigte, die aus Protest gegen die islamischen Kleidungs Vorschriften, demonstrativ ihr Kopftuch in der Öffentlichkeit abgelegt hatten. Ihr wurden Unruhestiftung, Verbreitung falscher Nachrichten

und Beleidigung der Staatsführung vorgeworfen. Sie wurde von einem Revolutionsgericht zu 33 Jahren Gefängnis und 148 Peitschenschlägen verurteilt.

Sotoudeh ist Mutter von zwei Kindern. Mit ihrem Hungerstreik forderte sie mit Hinweis auf Gefahr der Infizierung durch das Corona-Virus die Freilassung aller politischer Häftlinge. In den iranischen Gefängnissen gibt es laut einem Bericht der BBC kaum Möglichkeiten für Gefangene, sich vor der Epidemie zu schützen. Die Häftlinge sind nicht einmal in der Lage, sich eine Maske zu besorgen. In den Trakten, in denen politische Gefangene untergebracht sind, werden Infizierte nicht von Gesunden getrennt. Die hygienischen Vorschriften werden nicht eingehalten. Justizchef Ebrahim Raisi hatte angekündigt, alle gefährdeten Gefangenen zu beurlauben. Doch das gilt offenbar nicht für politische Häftlinge.

Das Leben politischer Häftlinge sei durch die Epidemie genauso bedroht, wie das anderer Gefangenen, die Hafturlaub bekommen hätten, schreibt Sotoudeh. Doch ihnen werde dieses Recht verwehrt. Mehre politische Gefangene hatten sich ihrer Forderung angeschlossen und befinden sich ebenfalls in Hungerstreik

Am 2. September hat der Deutsche Richterbund Sotoudeh mit dem Menschenrechtspreis ausgezeichnet. Sie sei „durch ihren mutigen und unermüdlichen Einsatz für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu einer Symbolfigur der iranischen Bürgerrechtsbewegung geworden,“ erklärten die Vorsitzenden Barbara Stockinger und Joachim Lüblinghof. Mit dem Preis solle „ihr höchst beeindruckendes Engagement in Iran“ gewürdigt werden und ihr Schicksal der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. „Sie braucht gerade jetzt möglichst breite internationale Unterstützung.“

Stellvertretend für Sotoudeh nahm die iranische Frauenrechtlerin Mansureh Shojaei den Preis entgegen. Die Laudatio hielt der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Omid Nouripour.

Nach mehr als 40 Tagen Hungerstreik wurde Sotoudeh am 20. September wegen ihres besorgniserregenden gesundheitlichen Zustands in ein Teheraner Krankenhaus gebracht. Sie sei „ernsthaft geschwächt“ und habe sehr viel Gewicht verloren, sagte ihr Ehemann Resa Chandan der Nachrichtenagentur AFP. Er mache sich große Sorgen, da das Krankenhaus kein „sicherer Ort“ sei. Denn Corona-Infizierte würden nicht „ordentlich isoliert.“ „Es ist alles sehr schwierig,“ sagte Chandan nach einem Besuch im Krankenhaus der Agentur. „Das Gefängnis kooperiert nicht.“ Es habe nicht einmal die Familie über die Einlieferung Sotoudehs informiert.

„Wegen ihres kritischen Zustands hat Nassrin gestern ihren Hungerstreik abgebrochen,“ twitterte Chandan am 26. September. Sie sei wieder ins Eviner Gefängnis zurückgebracht worden.

NEUE VORWÜRFE GEGEN DIE IRANISCHE-BRITISCHE STAATSBÜRGERIN ZAGHARI

Das Teheraner Revolutionsgericht hat die iranische-britische Staatsbürgerin Nasanin Zaghari-Ratcliffe am 9. September aus ihren Corona bedingten Hafturlaub einbestellt, um ihr neue Vorwürfe mitzuteilen. Um welche Vorwürfe es sich handelt, wurde nicht bekannt gegeben. Zugleich erklärte das britische Außenministerium, neue Vorwürfe gegen Saghari seien „inakzeptabel.“ Sie dürfe nicht wieder ins Gefängnis zurückgebracht werden. Saghari ist Projektmanagerin der Thomson Reuters Stiftung. Sie wurde 2016 nach einem Besuch ihrer Eltern vor ihrem Rückflug nach London auf dem Flughafen festgenommen. Später wurde sie wegen Spionage zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Mitte März bekam sie wegen der Corona-Epidemie Hafturlaub, den sie seitdem mit Fesseln an den Füßen bei ihren Eltern in Teheran verbringt.

Auch die Thomson Reuters Stiftung protestierte in einer Erklärung gegen die iranische Justiz. Sie zeigte sich besorgt über den psychischen und physischen Zustand ihrer Mitarbeiterin. „Unsere unschuldige Kollegin wird illegal für eine Straftat, die sie nicht begangen hat, festgehalten,“ heißt es in der Erklärung.

Politische Beobachter sehen einen direkten Zusammenhang zwischen den britischen Altschulden an Iran, die Teheran zurückfordert und dem Druck, den die iranische Justiz auf Zagheri ausübt. Es handelt sich dabei um ein Waffengeschäft zwischen Iran und Großbritannien aus den siebziger Jahren. Damals hatte das Schah-Regime Hunderte Chieftain-Panzer bestellt und bezahlt, die jedoch nie geliefert wurden. Nun verlangt Iran die Rückgabe des Geldes plus Zinsen. Es geht um eine Summe von 500 Millionen Euro. Bereits vor zwei Jahren hatte der damalige britische Außenminister bei einem Besuch in Teheran von einem finanziellen Konflikt zwischen Teheran und London gesprochen, der gelöst werden müsse. Zugleich betonte er: „Kein Staat darf unschuldige Staatsbürger als Instrument benutzen, um bestimmte Forderungen durchzusetzen.“

Iran bestreitet den Zusammenhang. Am 5. September hatte der britische Verteidigungsminister Ben Wallace erklärt, er sei aktiv dabei der Schulden seines Landes an Iran zu begleichen. Das werde zur Freilassung der britischen Staatsbürger in iranischen Gefängnissen führen, darunter zur Freilassung von Zaghari-Ratcliffe. Das war das erste Mal, dass Großbritannien offiziell die Schulden an Iran eingestand. Allerdings betonte Wallace, die Verhaftung Zagharis sei „illegal,“ Iran müssen sie ohne Bedingung freilassen. Im vergangenen Jahr hatte Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif berichtet, sein britischer Amtskollege Philip Hammond habe ihm vorgeschlagen, die Schulden Großbritanniens zu zahlen. Dafür sollte Iran Zagheri freilassen.

Said Khatibzadeh, Sprecher des Teheraner Außenministeriums, erklärte am 5. September, die Forderung Irans nach der Zahlung britischer Schulden habe absolut nichts mit dem Fall Zaghari zu tun. „Großbritannien hat seit 41 Jahren Schulden bei Iran, die zurückgezahlt werden müssen. Es spielt keine Rolle, ob dies von der britischen Regierung offiziell akzeptiert wird oder nicht,“ sagte er. Iran habe bei allen Gesprächen, die diesbezüglich mit der britischen Seite geführt wurden, betont, dass diese Schulden zurückgezahlt werden müssen. Dies habe mit anderen Themen nicht zu tun. Zaghari habe einen Teil ihrer Strafe verbüßt, sie habe unter außerdem Auflagen Hafturlaub bekommen. Sie werde genauso behandelt, wie andere Gefangene. Die iranische Justiz sei völlig unabhängig, die Regierung habe auf ihre Entscheidungen keinen Einfluss.

STARKER ANSTIEG DER CORONA-NEUINFEKTIONEN

Die Corona-Neuinfektionen sind im September weiter angestiegen. Grund dafür ist einmal die Tatsache, dass sich die Menschen zum Teil nicht an die Regelungen halten und zum anderen, dass die Regierung keine einheitliche Strategie verfolgt.

Mostafa Moin, Vorsitzender des Obersten Rats der medizinischen Versorgung, warf Präsident Rohani widersprüchliche Stellungnahmen und Entscheidungen vor. Das habe dazu geführt, dass Menschen das Virus nicht ernst nehmen und sie ihr Vertrauen der Regierung gegenüber verloren hätten. In einem Interview mit der Tageszeitung Schargh am 1. September sagte Moin: „Die Gegenüberstellung von Wirtschaft und Gesundheit ist unlogisch. Alles, seien es Wirtschaft oder Glauben, Wissenschaft oder Politik, muss dazu dienen, die Rechte der Menschen und ihre physische und psychische Gesundheit zu schützen und nicht umgekehrt.“

Rohani hatte, als er die Einschränkungen lockerte, gesagt, die Regierung sei nicht in der Lage, die Einschränkungen der Wirtschaft fortzusetzen. Sie müsse sich neben der Gesundheit, auch dem Wohl der Wirtschaft widmen.

Moin sagte weiter, die Regierung habe die Zeremonien im Trauermonat erlaubt, ohne zu bedenken, dass bei solchen Veranstaltungen die Hygienevorschriften nicht eingehalten werden können. Sie habe Reisen nicht verboten, obwohl in der Hauptstadt Teheran die Ampeln auf rot standen. Das habe dazu geführt, dass Millionen Menschen nach Norden gefahren sind und das Virus verbreitet haben. „Das Ergebnis dieser falschen und widersprüchlichen Politik werden wir in den nächsten Wochen zu spüren bekommen,“ sagte Moin.

Weiter sagte Moin, die Regierung habe es versäumt, in der ersten Phase der Epidemie die richtigen Entscheidungen zu fällen, deshalb habe sich die Lage in den Sommermonaten nicht beruhigt. Mehr als 180 Ärzte und Krankenpfleger seien gestorben. Die Kapazitäten in vielen Krankenhäusern und medizinischen Zentren seien erschöpft. Das alles seien keine guten Aussichten für den Herbst und Winter.

Ein wichtiges Thema, über das in Iran kontrovers diskutiert wurde, war die Frage, ob die Schulen, wie üblich, nach den Sommerferien am 5. September regulär den Unterricht aufnehmen sollten oder nicht. Die Regierung entschied sich zunächst dafür, dass in den grünen Zonen der normale Schulbetrieb stattfindet, in den gelben Zonen sollten die Schüler abwechselnd die Schule besuchen und in den roten Zonen, die als stark gefährdet eingestuft sind, sollte Fernunterricht online erteilt werden. Doch zwei Tage vor dem Schulbeginn hieß es, an allen Schulen, auch in den Zonen, die als rot eingestuft sind, wird der Schulbetrieb am 5. September aufgenommen. „Die Gesundheit unserer Kinder hat höchste Priorität, aber genauso wichtig ist ihre Bildung,“ sagte Rohani. Die beste Entscheidung sei, normaler Schulbetrieb bei gleichzeitiger Einhaltung der Vorschriften. Schüler und Lehrer sollten Masken tragen und den vorgeschriebenen Abstand einhalten. Dennoch werde den Eltern überlassen, zu entscheiden, ob sie ihre Kinder in die Schule schicken, oder online am Unterricht teilnehmen lassen.

Kritiker hielten diese Regelung für gefährlich. Laut Angaben des Gesundheitsministeriums gab es vom 4. auf den 5. September innerhalb von 24 Stunden 110 Tote und 1.900 Neuinfektionen. Insgesamt waren bis dahin infolge der Epidemie über 22.000 Patienten gestorben und fast 385.000 hatten sich infiziert.

Rohani, der in diesem Jahr nicht, wie sonst üblich, das neue Schuljahr an einer Schule, sondern per Video, eröffnete, sagte: „Wir werden beweisen, dass zwischen Schule und Gesundheit kein Widerspruch besteht.“ Gerichtet an die Schüler und Schülerinnen sagte er: „Wenn wir die Hygieneregeln beachten, die Klassen desinfizieren, regelmäßig Hände waschen, immer Masken tragen und Abstand halten werden wir von der Krankheit verschont bleiben.“

Viele Gesundheitsexperten und Parlamentsabgeordnete hielten die Eröffnung der Schule für verfrüht. Der Abgeordnete Wali Esmaili bezeichnete die Entscheidung als „völlig übereilt“ und drohte dem Minister für Lehre und Bildung mit einem Misstrauensantrag. Am 16. September erklärte Aliresa Sali, Mitglied des Teheraner Corona-Krisenstabs: „Wie es aussieht, werden wir bald eine Wiederholung der Lage im Februar erleben. Auch Influenza und andere Erkältungskrankheiten werden hinzukommen.“ Das Gesundheitsministerium gab die neuesten Fallzahlen vom 16. September bekannt. Demnach waren innerhalb von 24 Stunden 179 Patienten gestorben. Insgesamt lag die Zahl der Toten bei 23.632. Am 18. September hatte sich die Zahl der Toten auf fast 24.000 erhöht, die der Infizierten auf 416.198.

Vizegesundheitsminister Iradsch Harirchi sagte: „Das ganze Land ist auf Rot, nirgendwo ist man mehr sicher vor dem Corona-Virus. Wenn es so weitergeht, haben wir bald 45.000 Corona-Tote.“ Während Experten auf strenge Einschränkung drängten, sagte Rohani: „Wir dürfen vor der Pandemie nicht kapitulieren, zumal wir nicht voraussagen können, wann die Pandemie zu Ende sein wird. Wir dürfen nicht wegen der Gesundheit die Existenz der Menschen gefährden.“

In Iran spricht man nun von der dritten Welle der Epidemie. Am 24. September kletterte die Zahl der seit Februar registrierten Toten auf 25.015 die der Infizierten auf 463.319. Am 26. gab die Regierung bekannt, sollte die Zahl der Infizierten weiter steigen, werde man für bestimmte Gebiete Ausgangssperren und einwöchige Lockdowns anordnen. Außerdem sollen Verstöße gegen die Vorschriften mit höheren Strafen geahndet werden.

KULTUR

Vier Jahre und neun Monate Haft für einen Journalisten / Iranische Künstler in Frankfurt / Erstaunliche Ergebnisse einer Umfrage: die Hälfte der Iraner ist ungläubig / Reporter ohne Grenzen: neue Welle von Gewalt gegen Journalisten

VIER JAHRE UND NEUN MONATE HAFT FÜR EINEN JOURNALISTEN

Ein Revolutionsgericht hat den Journalisten Mohammad Saed zu vier Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er selbst teilte über Twitter mit, dass er auch zwei Jahre Berufsverbot erhalten habe. Zudem sei alles, was er für seine journalistische Tätigkeit benötige, beschlagnahmt worden.

Das Gericht warf Saed „Schwarzmalerei“ vor. Er habe mit seinen Beiträgen Ängste geschürt und Unsicherheit verbreitet.

Saed ist freier Wirtschaftsjournalist. Er schiebt hauptsächlich für die Zeitungen Hamschahri und Schargh. Er hatte Anfang des Jahres in einem Artikel über die Sperrung des Internets bei den Unruhen im Januar berichtet. In einem zweiten Artikel kritisierte er die Politik der Regierung im Kampf gegen die Corona-Epidemie. Danach wurde er verhaftet. Das Komitee zum Schutz von Journalisten (CPJ) mit Sitz in New York hatte im Juni dieses Jahres Saed als hervorragenden Journalisten bezeichnet und seine Arbeiten mit einem Preis gewürdigt. Auch die Deutsche Welle zeichnete Saed in diesem Jahr wegen seiner Recherchen über die Korruption in Iran mit dem diesjährigen „Preis für freie Meinungsäußerung“ aus.

IRANISCHE KÜNSTLER IN FRANKFURT

Wie der Evangelische Pressedienst (epd) am 2. September berichtete, stellt die Kunsthalle Schirn bis zum 13. Dezember die Werke des iranischen Künstlertrios Ramin und Rokni Haerizadeh und Hesam Rahmanian zum ersten Mal in einer Einzelausstellung in Deutschland vor. „Die raumgreifenden Installationen des iranischen Künstlerkollektivs entführen in eine eigene Welt,“ zitiert die Agentur Direktor Philipp Demandt. „Immer wieder kreise das Werk um die Krisen des Nahen Ostens, um Kriege, Exil und Migration. Die Künstler schafften überraschende Begegnungen, richteten die Aufmerksamkeit auf politische und soziale Konflikte der Gegenwart und stellten Mechanismen genauso infrage wie Geschlechterrollen oder die Kunstwelt.“

Es handele sich bei den Werken von Ramin Haerizadeh (Jahrgang 1975), Rokni Haerizadeh (Jahrgang 1978) und Hesam Rahmanian (Jahrgang 1980) um einen „starken Kommentar zu unserer Zeit,“ sagte Demandt weiter. Den Künstlern diene ihr Haus in Dubai als Basis. Ihre Werke entwickelten sich oft in Gesprächen mit anderen Künstlerinnen und Künstlern. „Es sind dieser internationale Austausch, diese Begegnungen jenseits des Alltäglichen, die unser Blick ganz wesentlich erweitern.“

Das Zentrum der Ausstellung bildet ein eigens für die Ausstellung erschaffenes monumentales Bodengemälde mit dem Titel „O You People,“ das von weiteren Werken, auch Videoarbeiten, Skulpturen, Texten, Fotografien und Sounds ergänzt wird. Wie die Agentur schildert, „sind zahlreiche Einzelheiten miteinander verschränkt, abstrakt gemusterte Flächen finden sich unmittelbar neben gegenständlichen Darstellungen. Zu erkennen ist eine Art Landschaft am und im Wasser. Hier versammeln sich Touristen und kopflose Figuren, mit Mobiltelefonen oder Tablets beschäftigt. Sie alle haben die Konturen eines ‚Schamseh‘ – ein geläufiges Ornament auf den Buchdeckeln antiker islamischer Manuskripte. Eine zentrale Figurengruppe sitzt auf einer überdimensionalen Figur und klammert sich erschöpft aneinander. Sie basiert auf einer Fotografie, die ein überfülltes Flüchtlingsboot zeigt. Prominent ist auch ein großer Eselskopf zu sehen – eine Referenz auf Pablo Picassos berühmtes Gemälde ‚Guernica‘ (1917).“

ERSTAUNLICHE ERGEBNISSE EINER UMFRAGE: DIE HÄLFTE DER IRANER IST UNGLÄUBIG

Obwohl Iran seit mehr als vierzig Jahren von schiitischen Muslimen regiert wird, zeigt eine jüngst durchgeführte Umfrage, dass die Hälfte der Iranerinnen und Iraner sich als ungläubig bezeichnen. Lediglich 32 Prozent der Befragten bekennen sich zum Schiismus. Die Umfrage wurde von der in den Niederlanden ansässigen Forschungsgruppe „Gaman“ in der Zeit vom 6. bis 21. Juni dieses Jahres durchgeführt. Befragt wurden 50.000 über 19 Jahre alte Personen, von denen 90 Prozent in Iran leben.

Die Umfrage hat ergeben, dass 78 Prozent der Iranerinnen und Iraner an Gott, aber nur 26 Prozent an Mahdi glaubt, der nach schiitischem Glauben eines Tages aus der Verborgenheit auftauchen und die Menschen retten wird.

32 Prozent der Befragten bezeichnen sich als gläubige Schiiten, neun Prozent als Atheisten. 22 Prozent lehnen alle religiösen Glaubensrichtungen ab. Die Hälfte der Befragten erklären, dass sie ursprünglich Gläubige gewesen seien, inzwischen jedoch ihren Glauben verloren hätten. Sechs Prozent geben an, ihren Glauben gewechselt zu haben. 60 Prozent erklären, sie würden das im Schiismus vorgeschriebene Beten nicht einhalten, obwohl 61 Prozent der Befragten aus gläubigen Familien stammen.

Aus der Umfrage geht hervor, dass 68 Prozent der Meinung sind, dass religiöse Grundsätze, Gebote und Verbote nicht als Maßstab der bürgerlichen Gesetze dienen sollten, selbst dann nicht, wenn Gläubige Abgeordnete die Mehrheit des Parlaments bilden. 71 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass religiöse Institutionen sich selbst finanzieren sollten. 57 Prozent plädieren dafür, dass kein Religionsunterricht an den Schulen erteilt werden sollte.

72 Prozent der Befragten sind gegen erzwungene Kleidungs Vorschriften. Das Tragen von Schleier oder Kopftuch soll freiwillig sein. 58 Prozent lehnen Kleidungs Vorschriften grundsätzlich ab. (s. auch Seite 5 und 10/11)

Seit der Islamischen Revolution ist in Iran der Konsum von alkoholischen Getränken streng verboten. Dennoch geben 37% der Befragten an, regelmäßig oder gelegentlich Alkohol zu trinken.

REPORTER OHNE GRENZEN: NEUE WELLE VON GEWALT GEGEN JOURNALISTEN

Die Organisation Reporter ohne Grenzen veröffentlichte am 8. September eine Erklärung, in der die „neue Welle von Gewalt und Unterdrückung gegen Journalisten“ verurteilt wird. „Allein in den vergangenen Wochen wurden fünf Journalisten zum Opfer dieser neuen Welle,“ heißt es. Die Journalisten, Mohammad Saed, Kossar Karimi, Babak Tahmassebi,

Amir-Rsa Teymuri und Mohammad Chadschmalı seien zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Die Urteile seien etwa zwei Monate nach dem Bericht des UN-Sonderbeauftragten für Menschenrechte in Iran, Javid Rahman, gefällt worden. Darin zeigt sich Rahman besorgt über „Bedrohung und Inhaftierung von Menschen, die friedlich freie Meinungsäußerung fordern.“ „Die aggressive Unterdrückung der letzten Zeit“ gegen Teilnehmende der Demonstrationen von November sei „einmalig.“ Sie richte sich unter anderem gegen Journalisten, die über die Unruhen, die Corona-Krise und die Parlamentswahlen berichtet hatzen. „Heute stehen Journalisten unter starkem Druck, vor allem seitens der Revolutionsgarden. Der Bericht wurde an alle Mitgliedstaaten geschickt.“ Die Reporter ohne Grenzen stufen Iran in Bezug auf freie und unabhängige Medien unter 180 Staaten auf Rang 173 ein.

WIRTSCHAFT

Der Atomkonflikt / Neue US-Sanktionen gegen Iran / Corona ruiniert die iranische Tourismusindustrie / Reuters meldet starken Anstieg des iranischen olexports

DER ATOMKONFLIKT

Iran und die Internationale Atombehorde (IAEA) haben am 26. August bei einem Besuch des IAEA-Chefs Rafael Grossi in Teheran ihren Konflikt über die Inspektion von zwei Orten beigelegt. Grossi und der Chef der iranischen Atombehorde Ali Akbar Salehi gaben dies in einer gemeinsamen Erklärung bekannt.

An beiden Orten, die sich in der Nahе von Teheran und Isfahan befinden, soll es laut ausländischen Geheimdiensten nukleare Aktivitäten gegeben haben. Deren Spuren sollen später verwischt worden sein. Iran bestreitet dies. Eine Inspektion der beiden Standorte lehnte Teheran bislang ab, mit der Begründung, die beiden Orte hatzen mit dem iranischen Atomprogramm nichts zu tun. Nun hieß es in der Erklärung, Teheran erlaube „freiwillig“ den Zugang zu den Standorten.

„Die Einigung war der Weg in die richtige Richtung für eine Beilegung der Differenzen,“ sagte Präsident Rohani nach einem Treffen mit Grossi. Die Zusammenarbeit mit der IAEA sei wichtig, um das Atomabkommen zu retten, das „derzeit nur noch mit Krücken gehen kann, aber noch am Leben ist.“

Grossi bezeichnete nach seiner Rückkehr nach Wien die Vereinbarung als „sehr, sehr wichtig“ für Frieden und Sicherheit der Region.

Am 1. September trafen sich die Vertreter der Mitgliedstaaten des Atomabkommens in Wien. Helga Schmitdt, die die EU vertrat und gemeinsam mit Irans Vertreter Abbas Araghtschı die Sitzung leitete, erklärte, alle Mitgliedstaaten seien entschlossen, das Abkommen, trotz Schwierigkeiten und Problemen, zu erhalten. Die Teilnehmer, China, Russland, Deutschland, Frankreich und Großbritannien plus Iran, betonten, dass die USA im Mai 2018 ihre Mitgliedschaft gekündigt und seitdem an keiner Aktivität des Abkommens teilgenommen hatzen. Daher hatzen sie kein Recht, die Wiederaufnahme der Sanktionen gegen Iran zu fordern. Vor der Tagung der „Gemeinsamen Kommission“ bot Russlands Außenminister Sergej Lawrow an, zwischen Iran und den USA zu vermitteln. Doch Iran lehnte ab. Erst wenn die USA zum Atomabkommen zurückkehrten, sei Teheran zu Verhandlungen bereit.

Die IAEA veröffentlichte am 4. September einen Bericht, in dem es heißt, die Behörde werde eine weitere Atomanlage in Iran untersuchen. Zudem heißt es, Iran setze die Verstöße gegen das Atomabkommen fort, zum Beispiel habe das Land die

Urananreicherung um das Zehnfache gesteigert und Vorbereitungen für den Einsatz moderner Zentrifugen getroffen.

Zu Beginn der Sitzung des IAEA-Gouverneursrats am 14. September sagte Grossi: „Ich begrüße die Vereinbarung zwischen der Agentur und Iran, welche hoffentlich Kooperation und gegenseitiges Vertrauen verstärkt.“ Er blicke vorsichtig optimistisch in die Zukunft. Die IAEA-Inspektoren hätten bereits einen Standort untersucht und Umweltproben mitgenommen, deren Auswertung voraussichtlich einige Monate in Anspruch nehmen würden. Den zweiten Standort werde man sich demnächst vornehmen.

Am 15. September erklärte US-Präsident Donald Trump bei einem Treffen mit dem Außenminister der Arabischen Emirate, Scheich Abdullah bin Zayed Al Nahyan, in Washington, Iran werde nach einem Sieg Bidens bei den Präsidentschaftswahlen zu Verhandlungen mit den USA bereit sein. Er sei davon überzeugt, dass Iran verhandeln wolle. Bei einem Treffen mit Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu sagte er, das Bruttoinlandsprodukt Irans sei durch die Sanktionen um 27 Prozent gesunken. „Ich will nicht, dass es so ist. Ich will, dass Iran ein großartiges Land wird.“ Iran müsse die Wahlen abwarten, denn wenn Biden gewinnen sollte, werde Iran einen besseren Vertrag bekommen. Aber auch ich werde mit Iran ein gutes Abkommen schließen, „ein Abkommen, das für Iran super sein wird,“ sagte Trump.

Am 17. September kündigten die USA an, die neuen Sanktionen gegen Iran würden in der Nacht zum 20. September in Kraft treten. Am nächsten Tag schrieben Deutschland, Frankreich und Großbritannien einen Brief an den UN-Sicherheitsrat, in dem sie mitteilten, sie würden an dem Atomabkommen und damit an den Lockerungen der Sanktionen gegen Iran festhalten. „Wir haben unermüdlich daran gearbeitet, das Abkommen aufrechtzuerhalten, und sind ihm weiterhin verpflichtet,“ hieß es in dem Brief.

Am 20. September erklärte US-Außenminister Mike Pompeo, die „Sanktionen gegen Iran sind wieder in Kraft.“ Er drohte allen Staaten, sollten sie „ihrer Verpflichtung zur Umsetzung der Sanktionen nicht nachkommen,“ würden die USA „Konsequenzen ziehen.“ Irans Außenminister Dschawad Sarif twitterte: „Die Welt sagt, es wurden keine Sanktionen des UN-Sicherheitsrats wieder in Kraft gesetzt. Pompeo droht einer Welt mit Strafen, die sich weigert, in seinem Parallel-Universum zu leben.“

Der Druck der USA, ihren Willen durchzusetzen, führte zu einer Zerreißprobe in der Weltorganisation. Generalsekretär Antonio Guterres schrieb in einem Brief an den Sicherheitsrat, es herrsche Ungewissheit darüber, ob die im Abkommen vorgesehene Lockerung der Sanktionen gegen Iran in Kraft bleibe oder nicht. Er werde, so lange diese Frage nicht geklärt sei, keine Initiative ergreifen, um die Sanktionen wieder einzuführen. Präsident Hassan Rohani erklärte auf einer Kabinettsitzung: „Die USA haben eine weitere Niederlage erlitten. Heute können wir sagen, dass der maximale Druck der USA gegen Iran zu einer politischen, diplomatischen und juristischen Isolierung der USA geführt hat.“ Iran werde sich „der Kraftmeierei der USA niemals beugen,“ sagte Rohani. „Als Präsident dieses Landes erkläre ich, sollten die USA diese Kraftmeierei fortsetzen und weiterhin behaupten, ihnen sei gelungen, die Sanktionen wieder in Gang zu setzen, werden sie ganz sicher mit einer gebührenden Reaktion Irans konfrontiert werden.“ Er forderte die europäischen Staaten auf, ihren Pflichten nachzukommen, damit auch Iran seine Pflichten wieder wahrnimmt. „Wir haben ein ganzes Jahr lang gewartet. Da die Mitglieder unsere wirtschaftlichen Forderungen nicht erfüllt haben, haben wir unsere Pflichten reduziert.“ Außenminister Sarif bezeichnete die amerikanische Initiative als „Propagandatrück“ vor den US-Wahlen.

Josep Borrell, außenpolitischer Beauftragter der EU, erklärte, die USA hätten kein Recht, den Mechanismus „Snapback“ in Gang zu setzen und damit die Sanktionen gegen Iran wieder aufzunehmen.

NEUE US-SANKTIONEN GEGEN IRAN

Die USA haben am 25. September wegen Verletzung der Menschenrechte neue Sanktionen gegen Iran verhängt. Sie richten sich laut Reuters gegen Vertreter der Islamischen Republik, Behörden und Haftanstalten. Betroffen ist auch der Richter, der das Todesurteil gegen den bekannten Ringer Afkari verhängt hat.

Bereits am 21. September gab US-Außenminister Mike Pompeo massive Strafmaßnahmen gegen das iranische Verteidigungsministerium und Einrichtungen bekannt, die mit der iranischen Rüstungs- und Nuklearindustrie in Verbindung stehen. Der Minister bezeichnete das Teheraner Regime als „antisemitisch, radikal und terroristisch.“ Die Sanktionen seien eine „Warnung“, die in der ganzen Welt gehört werden sollen, sagte er. Auch Europa müsse die Sanktionen unterstützen. Das Atomabkommen habe Iran die Gelegenheit gegeben, sein Atomprogramm auszubauen und dem Besitz von Nuklearwaffen näher zu kommen. Die USA werden alle ihre Kraft zur Durchsetzung der Sanktionen einsetzen. „Sie werden gleich und fair auf alle Unternehmen weltweit angewendet werden. Wir wollen sicherstellen, dass dieses Regime nicht mehr Geld bekommt, dieses Regime, das seit 40 Jahre Terror produziert und Europa gefährdet.“

In einem Interview mit der „Bild“ übte Pompeo scharfe Kritik an Deutschland. „Die deutsche Regierung ist enttäuschend,“ sagte er. „Die deutsche Regierung sagt, dass sie mit uns übereinstimmt, dass Iran keine Waffen kaufen und verkaufen soll, aber sie hat uns keinen Plan, keine Alternative vorgeschlagen.“ Weiter sagte er, auch die deutsche Wirtschaft werde sich nach den Sanktionen richten müssen. „Deutsche Unternehmen verstehen das Risiko und werden Sicherheitsratsresolutionen befolgen.“

Der Nationale Sicherheitsberater Robert O'Brien sagte, Iran möchte gerne zu einem Waffenexporteur werden. „Das werden die USA niemals erlauben.“ Iran habe die Sicherheit des Nahen Ostens genug bedroht. Er forderte den UN-Sicherheitsrat auf, seine Pflichten wahrzunehmen und das Waffenembargo gegen Iran zu verlängern. Er habe gegen 26 Personen Strafmaßnahmen verhängt. Iran vertusche weiterhin seine nuklearen Aktivitäten und verhindere Inspektoren den Zugang zu Anlagen.

Auch Handelsminister Wilber Louis gab bekannt, dass er gegen fünf iranische Wissenschaftler, die an dem Atomprogramm beteiligt seien, Sanktionen angeordnet habe. Und Verteidigungsminister Marc Esper sagte, die Sanktionen seien „wichtige Schritte zum Schutz der iranischen Bevölkerung.“ Iran habe Öltanker und die Infrastruktur der Region angegriffen. „Wir sind bereit, auf diese Machenschaften zu reagieren.“ Cally Craftt, US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, sagte: „Wir sind nicht auf die Unterstützung der Mehrheit (im Sicherheitsrat) angewiesen. Die Vereinigten Staaten sind im Recht und Führer einer multilateralen Ordnung.“

Präsident Hassan Rohani erklärte in einer vorab veröffentlichten Videoansprache bei der Jahresvollversammlung der Vereinten Nationen: „Wir sind kein Instrument für die inneren Auseinandersetzungen und den Wahlkampf der USA.“ Jede Regierung, die in den USA gewählt werde, werde sich dem Willen des iranischen Volkes beugen müssen. Rohani verglich den Tod des Amerikaners George Floyd mit der Lage seines Landes. „Der Umgang der Polizei mit einem protestierenden Demonstranten, war für uns eine bekannte Szene. Das Knie auf dem Hals des US-Bürgers gleicht dem Knie des Imperialismus auf dem Hals unabhängiger Staaten,“ sagte der Präsident, ohne sich dabei an ähnliche Verbrechen des Regimes in seinem eigenen Land zu erinnern.

Nach einer Kabinettsitzung am 23. September sagte Rohani: „Die Amerikaner dachten, dass sie kurz nach ihrem Wirtschaftskrieg das Politsystem des Landes stürzen können und ihnen dann am Flughafen in Teheran ein roter Teppich ausgerollt wird. Aber solcherlei irrigen Vorstellungen werden mit dem Ende von Trumps Amtszeit endgültig begraben

werden.“ Sanktionen gegen Iran habe es bereits seit 1980 gegeben. Doch das, „was seit zwei Jahren geschieht, ist ein regelrechter Wirtschaftskrieg.“

Am 23. September erklärte der Sprecher des Teheraner Außenministeriums, Said Chatibsadeh: „Aufgrund des Rechts auf Selbstverteidigung, das international anerkannt ist, wird die Antwort Irans auf jede Art Frechheit und Abenteuer der USA unverzüglich und vernichtend sein.“

CORONA RUINIERT DIE IRANISCHE TOURISMUSINDUSTRIE

Der Minister für Kulturerbe, Handwerk und Tourismus, Ali-Asghar Munessan, erklärte am 16. September: „Bis jetzt war die Rede davon, dass der Tourismus sich in einer Krise befindet. Sollte es aber so weitergehen, werden alle Investitionen verpuffen, und die Branche würde letztendlich Bankrott gehen.“ Die Epidemie habe dazu geführt, dass die in diesem Bereich tätigen Unternehmen seit Ende Februar praktisch keine Einnahmen erzielen konnten. Stattdessen häuften sich ihre Schulden.

Munessan kündigte ein Treffen mit dem Gesundheitsminister an, um eine Lockerung der Einschränkungen zu erreichen, zum Beispiel solle die Einreise von ausländischen Touristen unter strengen hygienischen Maßnahmen wieder erlaubt werden. Auch die Vorschriften für inländische Touristen sollen gelockert werden. Dabei sollen an Selbstverantwortung der Touristen appelliert werden.

Die Epidemie hat auch dem iranischen Luftverkehr großen Schaden zugefügt. Seit dem Ausbruch der Krankheit sind nahezu sämtliche Flüge ausländischer Fluggesellschaften ausgeblieben. Laut der nationalen Flugbehörde gab es seit Februar im Durchschnitt 84 Prozent weniger Auslandsflüge, 96 Prozent weniger Flugpassagiere und 80 Prozent weniger Luftfracht.

REUTERS MELDET STARKEN ANSTIEG DES IRANISCHEN ÖLEXPORTS

Die Agentur Reuters berichtete am 25. September, unter Berufung auf drei Firmen, die den Ölexport registrieren, der Ölexport Irans sei im September im Vergleich zu den Vormonaten stark gestiegen. Eine der Firmen spricht sogar von einer Verdoppelung des Exports im Vergleich zum Vormonat August.

Die iranische Wirtschaft befindet sich infolge von weitreichenden Sanktionen in einer tiefen Krise. Der Anstieg des Ölexports könnte eine Rettung sein. Samir Madani von der Firma Tanker Truckers sagte der Agentur: „Der iranische Ölexport ist stark angestiegen, er liegt bei fast 1,5 Millionen Barrel pro Tag, das heißt so hoch wie vor anderthalb Jahren.“ Madani hatte schon im Februar über den Anstieg des Ölexports auf eine Million Barrel pro Tag berichtet. Ein Teil des exportierten Öls sei durch den Suezkanal nach Syrien gebracht worden, der andere Teil hauptsächlich nach Fernost.

Doch wenige Monate später erlebte der iranische Ölexport infolge der Corona-Epidemie einen drastischen Fall. Er lag bei nur noch 70 bis 200 Barrel pro Tag. Das war der niedrigste Stand seit Jahrzehnten.

Reuters zufolge ist das Ziel des exportierten Öls zur Hälfte nicht bekannt, denn das Öl wird mit ausländischen Tankern transportiert und ein oder mehrmals umgeschifft. Iranische Schiffe schalten gewöhnlich ihre GPS aus, um nicht verfolgt werden zu können. Zudem macht das iranische Ölministerium keine Angaben über den Ölexport. Der frühere Ölminister Bijan Sangeneh sagte einmal: „Selbstverständlich haben wir Vertrauen zu unserer eigenen Bevölkerung, aber es ist nicht nur unsere Bevölkerung, die unsere

Stimme hört, auch unsere Feinde hören sie.“ Daher sei es nachvollziehbar, dass das Ministerium keine Daten über den Ölexport veröffentlicht.

AUSSENPOLITIK

Scharfe Kritik an Beziehung Israels mit den arabischen Staaten / Schlagabtausch zwischen Iran und Saudi-Arabien / Israel und Deutschland für Waffenembargo gegen Iran / Rache für den Tod von General Soleimani / New York Times: Chamenei befürchtet amerikanischen Angriff / Weltweite Proteste gegen Verletzung der Menschenrechte in Iran / Chamenei bezeichnet den Wiederabdruck der Mohammad-Karikaturen als „große Schuld“ / Iran zu Schadenersatz für den Abschuss der ukrainischen Maschine bereit

SCHARFE KRITIK AN BEZIEHUNG ISRAELS MIT DEN ARABISCHEN STAATEN

Präsident Hassan Rohani hat mit scharfen Worten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen zwei arabischen Staaten und Israel verurteilt. „Wo bleibt euer Arabismus, wo eure Sorgen über die Verbrechen (Israels) in Palästina und wo euer Mitgefühl für eure palästinensischen Brüder?“, zitiert ihn dpa in einer Meldung vom 16. September.

Die Außenminister der arabischen Staaten Bahrain und die Arabischen Emirate hatten am 15. September gemeinsam mit Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, im Beisein von US-Präsident Donald Trump ihre diplomatischen Beziehungen aufgenommen. Rohani bezeichnete die beiden arabischen Staaten als „Diener der USA.“ Ihre Annäherung an Israel gefährde die Sicherheit und Stabilität der gesamten Region, sagte er.

Bereits am 1. September hatte Revolutionsführer Ali Chamenei die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten als Verrat an der gesamten Islamischen Welt bezeichnet. „Dieser Verrat wird nicht lange andauern,“ sagte er.

SCHLAGABTAUSCH ZWISCHEN IRAN UND SAUDI-ARABIEN

In seiner Videoansprache zur Jahrestagung der Vereinten Nationen hat der saudische König Salman Iran und seine regionalen Verbündeten mit scharfen Worten attackiert. Saudi-Arabien werde mit allen Mitteln seine nationale Sicherheit verteidigen, sagte er. Iran habe die internationalen Aktivitäten zur Beilegung des Atomkonflikts benutzt, um seine zerstörerische Politik fortzusetzen und terroristische Organisationen zu unterstützen. Saudi-Arabien hatte nach dem Sturm auf seine Botschaft in Teheran vor vier Jahren seine Beziehungen zu Iran abgebrochen. Seitdem beschuldigen sich die beiden Staaten gegenseitig, sich in innere Angelegenheiten ihrer Staaten einzumischen und die Stabilität und Sicherheit in der Region zu gefährden. Die Feindschaft zwischen Teheran und Riad erreichte einen Höhepunkt, nachdem im vergangenen Jahr saudische Ölanlagen angegriffen wurden.

„Das iranische Regime hat im vergangenen Jahr entgegen aller internationaler Rechte und Gesetze unsere Ölanlagen angegriffen und damit gezeigt, dass es sich absolut nicht um Stabilität und Sicherheit in der Region schert. (...) Die Iraner haben Saudi-Arabien bislang mit 300 ballistischen Raketen und 200 Drohnen angegriffen,“ sagte der König weiter. Er warf Iran vor, sich mit Hilfe der Huthis in die Angelegenheiten Jemens einzumischen und betonte, „Saudi-Arabien wird niemals aufhören, das jemenitische Volk zu unterstützen, bis

es sich vom iranischen Einfluss befreit und seine nationale Souveränität wieder zurückgewinnt.“

Salman griff auch die libanesische Hisbollah an, die von Iran unterstützt wird. „Die instabile Lage im Libanon ist ein Ergebnis der Machenschaften dieser terroristischen Gruppe. Sie trägt die Schuld dafür, dass die rechtsstaatlichen Institutionen und die Regierung dieses Landes nicht mehr funktionieren,“ sagte der König.

Iran reagierte auf die Attacken des saudischen Königs mit ebenso scharfen Worten, aber auch mit einem Angebot zu Gesprächen über die Konflikte der Region. Madschid Tachtravantschi, Irans Botschafter bei den Vereinten Nationen, warf Saudi-Arabien die „Unterstützung terroristischer Organisationen und Verbrechen in Jemen“ vor. Riad setze seine inhumane Politik im Jemen fort, benutze die in dem Land herrschende Hungersnot als ein Mittel des Krieges und verhindere Sendungen von Nahrungsmitteln und Medikamenten in das Land. Der Wahabismus, der von Saudi-Arabien gepflegt und verbreitet werde, sei die gefährlichste Ideologie, die terroristischen Organisationen wie Al-Qaida und Islamischer Staat (IS) als Wegweiser diene.

Trotz dieser Verbalattacken forderte der Botschafter die Saudis zu Gesprächen über die Lage der Region auf. Statt sich auf fremde Mächte zu stützen, sollte Riad zustimmen, gemeinsam mit anderen Staaten der Region und unter gegenseitigem Respekt, Gespräche über Sicherheit, Stabilität und Frieden in der Region zu führen.

ISRAEL UND DEUTSCHLAND FÜR WAFFENEMBARGO GEGEN IRAN

Einer Meldung der dpa vom 27. August zufolge stimmen Deutschland und Israel überein, das noch bestehende Waffenembargo gegen Iran zu verlängern, das laut Atomabkommen am 18. Oktober abläuft.

Bei einem Besuch in Berlin am 27. August mahnte Israels Außenminister Gabi Aschkenasi die Fortdauer des Waffenembargos gegen Iran an. Er wolle gerne wissen, wie Deutschland und andere europäische Staaten Iran daran hindern wollten, moderne Waffensysteme zu bekommen und sie in der gesamten Region des Nahen und Mittleren Osten zu verbreiten. Sein deutscher Gastgeber und Amtskollege Heiko Maas sagte, er sei mit Aschkenasi darüber einig, dass das bestehende Waffenembargo gegen Iran verlängert werden müsse. Sein Land sei dabei, gemeinsam mit anderen europäischen Partnern, auf diplomatischem Weg eine Lösung dafür zu finden.

Maas betonte aber zugleich, dass Deutschland weiterhin an dem Atomabkommen festhalten wolle, um Iran daran zu hindern, in den Besitz von Nuklearwaffen zu gelangen. Was Iran ansonsten betreffe, sei man nicht „naiv“ „Wir wissen, dass Iran eine gefährliche Rolle in der Region spielt,“ zitierte dpa den deutschen Außenminister.

RACHE FÜR DEN TOD VON GENERAL SOLEIMANI

Der Chef der iranischen Revolutionsgarden, Hossein Salami, kündigte am 19. September an, den Tod von General Ghassen Soleimani, der Anfang Januar dieses Jahres durch einen Drohnenangriff der US-Luftwaffe in der Nähe des Bagdader Flughafens getötet wurde, zu rächen. Die Aktion werde sicher stattfinden, und „gerecht“ sein. „Wir werden diejenigen ins Visier nehmen, die direkt oder indirekt am Märtyrertod dieses großen Mannes beteiligt waren,“ sagte der General.

Zuvor hatte die Webseite „Politico“ unter Berufung auf zwei hochrangige US-Politiker berichtet, Iran plane als Vergeltung für Soleimanis Tod ein Attentat auf die US-Botschafterin in Pretoria, Lana Marks. Allerdings hatte die südafrikanische

Sicherheitsbehörde erklärt, es gebe keinerlei Indizien für einen solchen Plan. Auch Teherans Außenministerium bezeichnete den Bericht als „absurd.“ Der Bericht sei Teil „sich wiederholender und fauler Methoden, um eine anti-iranische Atmosphäre zu erzeugen,“ hieß es.

Auch General Salami dementierte die Nachricht. „Glauben Sie, wir würden wegen des Blutes unseres Märtyrerbruders gegen eine Frau und Botschafterin in Südafrika zuschlagen?“, sagte er.

Bereits zuvor hatte US-Präsident Donald Trump erklärt, die Vereinigten Staaten würden auf jeden Angriff Irans mit einem Gegenangriff von „tausendfach größerem Ausmaß“ reagieren.

NEW YORK TIMES: CHAMENEI BEFÜRCHTET AMERIKANISCHEN ANGRIFF

Die New York Times schreibt in ihrer Ausgabe vom 19. September unter Berufung auf hochrangige US-Politiker, Irans Revolutionsführer Ali Chamenei hege die Befürchtung, die USA könnten einen Angriff gegen Iran starten. Daher habe er die Anweisung erteilt, zumindest vorerst, keine provokativen Aktionen gegen die USA zu unternehmen, mit Ausnahme von Cyber-Aktivitäten.

Chamenei erwarte eine Racheaktion der USA und Israels, heißt es in dem Artikel. Iran habe sogar sämtliche Aktionen mit Bezug auf die US-Wahlen im November eingestellt. Zudem sei Iran zu der Auffassung gelangt, dass mit Hinblick auf die Wirtschaftskrise, die die Corona-Pandemie weltweit ausgelöst hat, Angriffe auf Öltanker im Persischen Golf oder auf Ölanlagen arabischer Staaten wirkungslos seien. Schließlich sei man in Teheran zu dem Schluss gekommen, dass jede Aktion mit Ausnahme von Cyber-Aktivitäten zugunsten von Präsident Trump ausfallen würde, denn sie würde ihm den Vorwand liefern, mit Zustimmung seiner Wähler, Iran anzugreifen.

Doch entgegen dessen, was New York Times schreibt, haben vor allem die Revolutionsgarden in den letzten Wochen und Monaten den USA immer wieder mit Vergeltungsschlägen gedroht. (siehe vorangegangenen Abschnitt).

Weiter schreibt die Zeitung, die iranische Führung sei davon überzeugt, dass hinter den Bränden und Explosionen der letzten Wochen Israel und die USA steckten. Sie glaubten, dies seien Fallen, um Iran zu Gegenreaktionen zu veranlassen, was ihnen einen Vorwand für einen Angriff liefern würde.

Die Autoren des Beitrags betonen allerdings, dass US-Geheimdienstinformationen über Irans Pläne und Ziele stets ungenau gewesen seien, obwohl sie davon überzeugt seien, dass ihre Analysen zutreffend wären.

Die Zeitung berichtet weiter, dass die Cyber-Attacks Irans gegen die USA zugenommen hätten. Microsoft warnte Mitte September vor einer Hacker-Gruppe mit dem Namen Phosphorus, die mit der iranischen Regierung in Verbindung stehe. Sie habe vergeblich versucht, in die Accounts hochrangiger US-Politiker und Mitarbeiter der Wahlkampfteams von Präsident Trump einzudringen.

WELTWEITE PROTESTE GEGEN VERLETZUNG DER MENSCHENRECHTE IN IRAN

Die Zunahme der Gewalt und Unterdrückung gegen Oppositionelle in Iran, insbesondere die Berichte über Hinrichtungen und Folter, haben zu weltweiten Protesten geführt. Den letzten Anlass zu den Protesten lieferten die Hinrichtung des iranischen Ringers Navid Afkari und der Hungerstreik der Anwältin Nassrin Sotoudeh (s. Berichte auf Seite 7 bis 11).

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hatte bereits am 2. September einen Bericht über Misshandlungen und Folter der Teilnehmenden der Demonstrationen im November vergangenen Jahres vorgelegt. Das Vorgehen der Polizei, Sicherheitskräfte und andere Organe gegen inhaftierte Oppositionelle sei „schockierend,“ heißt es dort. Der Bericht basiert auf Aussagen von Betroffenen, Augenzeugen und Angehörigen der Opfer. Demnach seien Demonstranten oder Beobachter mit Gewalt festgenommen und von der Außenwelt abgeschnitten worden. Sie hätten keinen Kontakt zu den Angehörigen oder zu einem Anwalt gehabt, wurden misshandelt und gefoltert, um falsche Geständnisse abzulegen. Dabei seien Foltertechniken wie Elektroschocks, das sogenannte Waterboarding, bei dem Ertrinken des Gefangenen simuliert wird, Besprühen der Genitalien mit Pfefferspray, Prügel, sexuelle Gewaltanwendung und Scheinhinrichtungen angewendet worden.

Innerhalb weniger Tage seien mehr als 7.000 Männer, Frauen und Kinder festgenommen worden. Sie wurden in Schnellverfahren, hinter verschlossenen Türen, ohne Beisein von Verteidigern, zu zum Teil langjährige Gefängnisstrafen, Peitschenschläge, manche sogar zum Tode verurteilt.

Amnesty-Vizedirektorin für den Nahen Osten, Diana Etlahawy, sagte laut epd: In den Tagen nach den Massenprotesten sorgten Videos von iranischen Sicherheitskräften, die unbewaffnete Demonstranten und Beobachter absichtlich töteten oder verletzten, weltweit für Schockwellen. „Viel weniger sichtbar war der Katalog von Grausamkeiten, den iranische Behördenvertreter Gefangenen und ihren Familien fernab der Augen der Öffentlichkeit haben angedeihen lassen.“

Am 23. September haben Deutschland, Frankreich und Großbritannien die iranischen Botschafter in ihren Ländern einbestellt, um gegen den brutalen Umgang mit Demonstranten zu protestieren. In einer gemeinsamen Erklärung verurteilen die drei Länder die eklatanten Verletzungen der Menschenrechte in Iran. Willkürliche Urteile gegen Bürger mit doppelter Staatsbürgerschaft und gegen andere Unschuldige und die unerträglichen Haftbedingungen seien nicht hinnehmbar, heißt es in der Erklärung. Die drei Staaten fordern die sofortige Freilassung ihrer Staatsbürger. Sie verurteilen die Repressionen gegen unabhängige kulturelle Einrichtungen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie fordern den iranischen Staat auf, die Freiheit der Meinungsäußerung ihrer Bürger zu akzeptieren. Freie und unabhängige Medien seien unerlässlich für eine lebendige Gesellschaft, genauso wie kulturelle Einrichtungen, die die Menschen über die Grenzen ihrer Länder hinaus miteinander verbinden.

Am 25. September haben 47 Staaten auf einer Tagung des UN-Menschenrechtsrats Folter, Unterdrückung und Gewalt gegen Oppositionelle in Iran scharf verurteilt. Der deutsche Botschafter bei den Vereinten Nationen, Michael Freiherr von Ungern-Sternberg, der die gemeinsame Erklärung vorlas, zeigte sich sehr besorgt über die permanenten Verletzungen der Menschenrechte in Iran. Es gebe glaubwürdige Berichte über willkürliche Festnahmen, unfaire Gerichtsverfahren, erzwungene Geständnisse und Misshandlungen in den Gefängnissen, zitierte ihn der epd. Er kritisierte auch die Todesstrafe, die sogar bei Jugendlichen angewendet werde. Er verlangte eine unabhängige, transparente und glaubwürdige Untersuchung der Taten und sagte, die Verantwortlichen müssten zur Rechenschaft gezogen werden, berichtete die epd.

In der gemeinsamen Erklärung der 47 Staaten werden die permanente Verletzung der Menschenrechte, insbesondere die weitverbreiteten Hinrichtungen, Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung sowie Folter und Misshandlung der Gefangenen kritisiert. Iran müsse unabhängige und transparente Untersuchungen der unverhältnismäßigen Anwendung von Gewalt gegen Protestierende zulassen.

Iran weigert sich seit Jahren, Sonderbeauftragten der UNO für Menschenrechte die Einreise zu erlauben. Der iranische Vertreter beim UN-Menschenrechtsrat lehnt die Vorwürfe ab.

Iran ist nach China das Land mit den meisten Hinrichtungen in der Welt. Die Prozesse sind zumeist Scheinprozesse, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne von den Angeklagten gewählte Anwälte geführt werden. Das jüngste Beispiel ist der Prozess gegen den Ringer Navid Afkari. Der derzeitige Justizchef Ebrahim Raisi gehörte zu dem Stab, der 1988 im Auftrag des damaligen Revolutionsführers Ayatollah Chomeini mehrere Tausend Gefangene zum Tode verurteilte und hinrichtete ließ.

Die 47 Staaten würdigten in ihrer Erklärung den „Mut der Verteidiger der Menschenrechte,“ insbesondere den selbstlosen Einsatz von Frauenrechtsaktivistinnen, Umweltschützern und Anwälten. Zugleich zeigten sie Einsicht für Probleme, mit denen Iran durch die Corona-Pandemie konfrontiert sei.

CHAMENEI BEZEICHNET DEN WIEDERABDRUCK DER MOHAMMAD-KARIKATUREN ALS „GROßE SCHULD“

Den erneuten Abdruck der Mohammad-Karikaturen durch die französische Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ bezeichnete Revolutionsführer Ali Chamenei als „unverzeihlich große Schuld“ und als „Beleidigung des leuchtenden und heiligen Antlitzs des Verkünders des islamischen Glaubens“.

Die Veröffentlichung habe wieder einmal „die zerstörerische Feindschaft der Politik und Kultur des Westens gegen den Islam und die islamische Gemeinde“ offenbart. Es sei die „zutiefst islamfeindliche Politik der Zionisten und arroganter Staaten, die sich alle paar Tage zeigt,“ sagte der Führer der Islamischen Republik. Dieses Verhalten könne auch „eine Ablenkung der Staaten und Völker im Westen Asiens von den verheerenden Plänen sein, die die USA und das zionistische Regime (Israel) für die Region schmieden.“ Es sei völlig „falsch und scheinheilig,“ wenn manche Politiker in Frankreich unter dem Vorwand der Akzeptierung der freien Meinungsäußerung auf eine Verurteilung der Karikaturen verzichten.

Charlie Hedo hatte aus Anlass des Prozessbeginns gegen mutmaßliche Helfer der Attentäter bei dem Terroranschlag gegen die Redaktion der Zeitschrift, die Mohammad-Karikaturen, die vor fünf Jahren erschienen waren, erneut veröffentlicht. Der derzeitige Redaktionsleiter Laurent Sourisseau, der unter dem Pseudonym Riss bekannt ist, verteidigte die erneute Veröffentlichung. „Es gibt nichts zu bereuen“, sagte er laut AFP vom 9. September. Er beklagte, dass viele Menschen wenig zu kämpfen bereit seien, wenn es um die Verteidigung der Freiheit gehe. „Wenn wir uns nicht für die Freiheit schlagen, leben wir wie Sklaven und geben einer tödlichen Ideologie Raum,“ fügte der 53-jährige hinzu. Er hatte das Attentat im Januar 2015 auf die Zeitschrift, bei dem es zwölf Tote gab, mit einer Verletzung überlebt.

IRAN ZU SCHADENERSATZ FÜR DEN ABSCHUSS DER UKRAINISCHEN MASCHINE BEREIT

Einer dpa-Meldung vom 9. September zufolge hat sich Iran dazu bereiterklärt, über Schadensersatz für den Abschuss der ukrainischen Passagiermaschine am 8. Januar dieses Jahres, bei dem 176 Personen ums Leben kamen, zu verhandeln. Turadsch Dehghani-Sangeneh, Chef der nationalen Luftfahrtbehörde, sagte, sein Land sei bereit, auf Basis internationaler Vorschriften die Angehörigen der Opfer zu entschädigen. Die Verhandlungen sollen am 18. Oktober bei einem Treffen mit Vertretern der betroffenen Länder in Teheran geführt werden.

Die iranische Versicherungsorganisation hatte bisher Entschädigungen mit der Begründung abgelehnt, für eine Entschädigung seien jene Unternehmen zuständig, bei denen die ukrainische Maschine versichert gewesen sei. Doch dann erklärte das Teheraner Außenministerium, Iran sei grundsätzlich zu Zahlungsleistungen bereit. Zunächst müssten aber juristische und technische Aspekte geklärt werden.